

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Kioskbüchsen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. jährlich. Abbestellung bis zum 10. d. M. im Voraus. Einzelnummern 10 Pf. (Post- und Fernsprecher).  
**Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend**  
Das Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend erscheint am Sonntag. Preis 10 Pf. (Post- und Fernsprecher).  
Die Redaktion des Wilsdruffer Tageblattes befindet sich in der Hauptstadt Dresden, Postfach 1000. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstadt Dresden, Postfach 1000. Die Druckerei befindet sich in der Hauptstadt Dresden, Postfach 1000.

Abbestellung bis zum 10. d. M. im Voraus. Einzelnummern 10 Pf. (Post- und Fernsprecher).  
**Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6**  
Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 24 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, den 25. Sept. 1930

## Steigende Flut.

Mitten in das Hin und Her parteipolitisch-parlamentarischer Debatten und Beschwörungen, Alarmnachrichten und ihrer Abwehr, in die tastenden Versuche, allmählich eine Art Gliederung in diesen Wirbel hineinzubringen, fällt die Mitteilung, daß in der ersten Hälfte des Septembers die Arbeitslosenziffer schon ganz dicht an die drei Millionen herangerückt ist. Aber die drei Millionen mehr als im August müssen nur „stempeln gehen“, und es ist durchaus kein Trost, daß trotzdem die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger bei der Arbeitslosenversicherung zurückgegangen ist. Denn die Entlastung erfolgte ja nur dadurch, daß über 100 000 Menschen, Arbeitslose aus der Versicherung ausscheiden und zur Arbeitslosenversicherung zurückgefallen sind. — Also in der Regel schon etwa ein Jahr ohne Arbeit, ohne Erwerb sind. Von dort aus geht ja der Weg weiter zum „Wohlfahrt“, wenn der Arbeitslose „ausgesenert“ ist. Und schon sind in der westdeutschen Schwerindustrie neue umfangreiche Arbeiterentlassungen angekündigt. In immer größerer Höhe reißt sich dieses Problem, das nicht bloß eine einzelwirtschaftliche, sondern seit langem schon auch eine nicht minder wichtige allgemein-finanzielle Seite aufweist. Die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenversicherung, deren Kosten ja nicht nur von den Geldern der Versicherten, sondern auch zu sehr erheblichem Teil aus sonstigen öffentlichen Mitteln gedeckt werden, versorgen jetzt fast zwei Millionen Arbeitslose.

Das wirtschaftlich alle bisherigen Berechnungen über den Haufen, die auf einen Jahresdurchschnitt von 1,6 Millionen Arbeitslosen, soweit sie im Bezug der Versicherungsrente stehen, also ausschließlich der Kosten der Arbeitslosenversicherung, aufbauen waren. Und die Hoffnung auf durchschnittlich „nur“ 1,9 Millionen Rentenbezieher scheint hinter der viel übleren Wirklichkeit noch weit zurückzuliegen. Schon ist die Zahl 2,5 aufgetaucht und findet Glauben — anscheinend auch bei der Reichsregierung. Denn man hört von Gerüchten, die auf der einen Seite von einer Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung wissen wollen, die aber auch daran erinnern, daß ja das Reich verpflichtet ist, die Hälfte der Kosten zu tragen, die bei einer Annahme von 2,5 Millionen Arbeitslosen sich für die Versicherung ergeben würden. Ungefähr 400 Millionen dürfte das ausmachen und, während die eine Hälfte dieser Summe durch die um 1 oder 1,5 Prozent erhöhten Beiträge aufgebracht werden soll, muß das Reich die restlichen 200 Millionen heranschaffen. Dazu kommt aber — was wirklich nicht vergessen werden darf, sich dem Steuerzahler übrigens auch stark und immer stärker bemerkbar macht — noch die schnell wachsende Ausgabe an die Kommunen für die Zwecke der Wohlfahrt, aber besonders der Arbeitslosenunterstützung, durch die nun fast alle Kommunen finanziell immer mehr ins Gedränge geraten. Und immer höher hebt sich die bange Frage: Was soll erst werden, wenn der Winter naht, zu der an sich schon so schweren „konjunkturellen“ Arbeitslosigkeit nun auch noch die „saisonmäßige“ hinzutritt, also Landwirtschaft, Baugewerbe und andere vom Wetter in ihrem Beschäftigungsgrad entscheidend beeinflusste Industrien auch noch zur Einschränkung bzw. Stilllegung des Betriebes, damit also zu weiteren Arbeiterentlassungen schreiten müssen? Gewiß ist im jetzt laufenden Jahr die Zahl der in diesen Teilen der deutschen Wirtschaft Beschäftigten viel geringer gewesen als in den früheren, wird der Zustrom in die Arbeitslosigkeit also auch verhältnismäßig geringer sein als sonst bei Winterbeginn, aber einen Ausgleich bietet das natürlich nicht, da eben schon drei Millionen auf der Straße stehen.

Aber die wirtschaftlich-finanziellen Folgen dieser furchtbaren Entwicklung darf man aber die sozialpolitischen nicht übersehen, jene „Entwöhnung von der Arbeit“, eine schwere Einbuße an wertvollstem Teil des Volkvermögens, nämlich an der Arbeitskraft und dem Arbeitswillen. Nicht zuletzt darum ist bei den Tarifverhandlungen in der Berliner Metallindustrie ein Vorschlag von den Arbeitnehmernvertretern gemacht worden, der nicht bloß die Zahl der Arbeitslosen herunterschieben, zugleich damit also auch die Kaufkraft der Massen, die Abgabemöglichkeiten heben will: In die Stelle der Arbeitszeit von wöchentlich 48 Stunden tritt eine 40stündige unter entsprechender Lohnherabsetzung und Heranziehung arbeitsloser Metallarbeiter in einer Zahl, durch die jene Leistungsverlängerung ersetzt wird. Allerdings verlangt man für jenen einmütigen „Lohnausfall“ eine geringe Lohnherabsetzung, — aber das hat nicht etwa gebindert, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden sollten, obwohl von Arbeitgeberseite eine Lohnherabsetzung verlangt worden war. Natürlich liegen die Dinge nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick aussieht, weil eben Arbeitszeit und Lohn ganz wesentlich vom Beschäftigungsgrad des Betriebs und von seinem finanziellen Arbeitsvermögen abhängt. Aber vielleicht läßt sich hier doch ein Weg finden, der zum Ziel einer wenigstens gewissen Erleichterung führt, ohne daß dabei der Lohnanteil am Endpreis und damit die gesamten Erzeugungskosten steigen, weil sich dann sofort wieder die Abgabemöglichkeit einschränken würde.

## Die Pläne des Kabinetts.

### Notverordnungen als Gesetz?

Keine neuen Steuern.

Mittwochabend trat das Reichskabinet, das seine Beratungen am Dienstag ohne besondere Entscheidungen verlagte, erneut zusammen, um dem Vernehmen nach in einer Nachstiftung weiterzuverhandeln. Vor allen Dingen handelt es sich darum, wie und mit welchen Maßnahmen man der wachsenden Arbeitslosigkeit entgegenzutreten kann. Für die Reichsfinanzreform kommt das vor allen Dingen in Betracht; bestimmte Vorschläge waren aber bisher nicht ins Auge gefaßt worden.

Am Dienstag lag lediglich eine Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Wirtschaftslage und ihre sozialen Folgen vor. Während des Mittwochs sind die einzelnen Dienststellen damit beschäftigt gewesen, eine Anzahl von Anregungen nachzuprüfen. Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen sollen die Gedanken der Unterredung zugrunde liegen, fortführen. Ein große Rolle werden die Erhebungen spielen, die bis zur nächsten Woche über die bisherigen Ertragsverhältnisse der in den Notverordnungen enthaltenen Steuererhöhungen getroffen werden sollen. Erst dann wird es sich zeigen, ob die Notmaßnahmen ausreichend waren oder ob sie in bestimmter zweckmäßiger Weise abgeändert werden sollen. Die Notverordnungen können entweder dem Reichstag der sie ja vor seiner Auflösung abgelehnt hat, aufs neu vorgelegt oder ihm in Gesetzesform zugeleitet werden. Das Kabinet soll diesmal den zweiten Weg wählen.

### Die Mehrheitsbildung.

Neue Steuern oder Erhöhungen von solchen will man auf alle Fälle vermeiden. Für alle Maßnahmen des Kabinetts wird es von Wichtigkeit sein, wie die Ansichten auf eine Mehrheitsbildung im neuen Reichstag sich gestalten. In den mit dieser Zielrichtung in nächster Woche anzuknüpfenden Verhandlungen des Reichstages wird sowohl die Behandlung der Notmaßnahmen wie die Behandlung der weiteren Reformgesetze erörtert werden. Gleichzeitig soll ein Einverständnis darüber erzielt werden, wie der Reichstag sein eigenes Arbeitsgebiet in diesem Winter treffen will. Es wird erwogen, das Parlament nicht dauernd beisammenzuhalten, sondern es nur zur Erledigung der dringlichsten Gesetze einzuberufen.

### Der Verlauf der Kabinettsberatungen.

Freitag Bekanntgabe des Regierungsprogramms? Die Kabinettsberatungen über das Sanierungsprogramm der Reichsregierung sollen im Laufe des Donnerstags zum Abschluß gelangen. Das Kabinet wird u. a. auch von dem Inhalt einer Rede Kenntnis nehmen, die Reichskanzler Dr. Brüning am Freitag bei der Jubiläumstagung des Deutschen Städtetages in Dresden hält und in der er die wichtigsten Einzelheiten der von Kabinet beschlossenen Gesetzesvorlagen mitteilen wird. Dem Vernehmen nach hat das Kabinet auf Verlangen des Reichsarbeitsministeriums beschlossen, die Arbeits-

losenversicherungsbeiträge um 2 Prozent, von 4% auf 6% Prozent, heraufzusetzen.

Das Kabinet ist hierzu beauftragt durch die Notverordnung ermächtigt. Sie schreibt vor, daß die entstehenden Aufwendungen für Zwecke der Arbeitslosenversicherung mindestens zur Hälfte durch Reformen oder durch eine Erhöhung der Beiträge aufzubringen sind. Man schätzte gegenwärtig bei einer angenommenen Durchschnittsziffer von 2,5 Millionen Arbeitslosen den bis zum Ende des Jahres noch entstehenden Mehrbedarf bei der Arbeitslosenversicherung auf rund 400 Millionen Mark. Davon sollen etwa 200 Millionen Mark durch die Erhöhung um 2 Prozent aufgebracht werden, während die anderen 200 Millionen Mark dem Reichshaushalt zur Last fallen sollen. Hierzu treten weiter erhöhte Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung in Höhe von etwa 100 Millionen Mark, die ebenfalls aus dem Reichshaushalt entnommen werden müssen.

### Noch Herabsetzung der Beamtengehälter?

Hartnäckige Gerüchte.

Berlin, 25. September.

Die Beamtenkorrespondenz („Belo“), deren Angaben über das Bestehen einer Herabsetzung der Beamtengehälter vor kurzem von zuständiger Stelle dementiert wurden, weist nunmehr darauf hin, daß die Angaben der Korrespondenz von zuständiger amtlicher Stelle als im großen und ganzen richtig bezeichnet würden.

Nicht nur im Reich, sondern auch in den meisten Ländern. Die Anregung hierzu sollte aus den mehrfachen Ministerbesprechungen der Finanzminister der einzelnen Länder gegeben worden sein. Die Korrespondenz behauptet dann positiv zu wissen, daß sowohl im preussischen Finanzministerium wie auch in Sachsen, Thüringen, Bayern und Württemberg an derartigen Entwürfen gearbeitet würde, die zum Teil schon vor ihrer Vollendung ständen.

Beweis hierfür wäre, daß der Reichskanzler den preussischen Finanzminister Döpler-Nicholff zu einer Unterredung über die finanzielle Lage gebeten habe. Die Korrespondenz habe bekanntlich vor kurzem gemeldet, daß die Höhe der Befolungsfrage auf den ungefähren Stand von 1926 zurückgedrückt werden solle.

### Bleibt Treviranus Minister?

Berlin, 25. September.

Eine Reihe von Blättern hatte berichtet, daß Minister Treviranus nicht die Absicht habe, nach Auflösung des Rhein-Ministeriums am 30. September d. J. dem Reichskabinet weiter als Minister ohne Portfeuille anzugehören. Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist eine Entscheidung darüber, ob Treviranus zum Minister ohne Portfeuille ernannt werden oder ob er künftig lediglich in seiner Eigenschaft als Diskonmissar dem Reichskabinet angehören wird, bisher noch nicht gefallen.

## Rothermere über Deutschlands Wiedergeburt.

Die Bedeutung der jüngsten Wahlen.

Der bekannte Zeitungsführer veröffentlicht einen Artikel über die deutschen Wahlen, den er „Deutschlands Wiedergeburt“ benennt und der großes Aufsehen hervorruft. Die Beurteilung der Lage durch Lord Rothermere entspricht durchaus nicht der Panikmache, vielmehr zeigt Lord Rothermere sein volles Vertrauen in die neue Entwicklung Deutschlands, die, wie er sich ausdrückt, ein Kapitel in der Geschichte Europas einleitet.

Die neue Generation in Deutschland, die jetzt an die politische Macht dränge, sei etwas, was die Ausländer in keiner Weise kennen. Diese Generation habe wenig aktive Kriegserfahrung, sie habe nur unklare Erinnerungen an das alte kaiserliche Deutschland, das vom Militarismus beherrscht gewesen sei. Das Deutschland, in dem die junge Generation aufgewachsen sei, sei ein Deutschland der Enttäuschung gewesen. Reparationsschulden, verlorene Gebiete und erzwungene Abrüstung seien die einzigen politischen Themen, über die sie reden gehört habe. Die Bedeutung der jetzigen Wahl zu unterschätzen, würde töricht sein. Ein neues Deutschland sei im Entstehen begriffen.

Bisher haben wir, so sagt Rothermere, uns Deutschland als eine Art Kriegsgefangenen vorgestellt. Deutschland ist nicht frei, wie die anderen Nationen es sind. Wir haben die Rückgabe seiner Freiheit davon abhängig gemacht, daß Deutschland Reparationen begahlt, und von Bedingungen, die gegen seinen Willen Deutschland ganz mit Recht aufzuzwingen sind.

Artikel 8 des Versailler Vertrages hat die alliierten

Nationen zur Abrüstung verpflichtet; die Deutschland auferlegten Beschränkungen sollten lediglich ein Vorbild zu dem allgemeinen Verzicht auf militärische Macht sein. Während aber jetzt die deutschen Streitkräfte auf 100 000 Mann und ein paar Schiffe zur Küstenverteidigung beschränkt sind, haben seine Nachbarn ihre Rüstungen dauernd verstärkt. Gemäßigte Regierungen in England und in Frankreich müssen das erkennen, müssen Deutschland gerecht werden, ihre Rüstungen vermindern und die Reparationslasten vom Rücken Deutschlands nehmen, sonst muß es ein schreckliches Erwachen in Europa geben.

### Was andere Engländer dazu sagen?

London, 25. September. Der sensationelle Artikel von Lord Rothermere über Deutschland wird in Londoner diplomatischen und politischen Kreisen stark beachtet. Die Ansichten gehen stark auseinander; jedoch ist man sich darüber einig, daß der Artikel eine vollständige Wendung Rothermeres gegenüber allen deutschen Fragen bedeutet. Seine politischen Gegner halten ihm vor, daß das Programm der Nationalsozialisten vor einigen Tagen von seiner Presse verurteilt worden sei, da es rein zerstörend sei und sich gegen Demokratie und Parlament richte. Rothermeres Anhänger bewundern seinen Mut. Seine Presse sucht die Schwankung dem Publikum mit der Erklärung verständlich zu machen, daß die neue Partei der Jugend in Deutschland nichts mehr mit dem alten Deutschland zu tun habe, das gegen England gekämpft habe.

### Botschafter Sackett zur deutschen Krise.

Berlin, 25. September. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Sackett, der sich zur Zeit in den Vereinigten Staaten